

Konjunktur in Kärnten 2014

Eine Erhebung der Arbeiterkammer





AK-Präsident Günther Goach

215 BetriebsrätInnen erteilen Auskunft

Die Analyse der wirtschaftlichen Lage und die Beobachtung der konjunkturellen Entwicklung sind für die ARBEITERKAMMER KÄRNTEN von großer Bedeutung. Wirtschaftliches Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit sind die wahren Herausforderungen einer Volkswirtschaft. Nur eine entsprechende Kaufkraft, die auf einer ausgewogenen Einkommens- und Vermögensverteilung basiert, kann ein hohes Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsniveau begründen.

Die ARBEITERKAMMER KÄRNTEN führt daher jährlich eine Konjunkturumfrage in Kärntner Betrieben durch. 215 Betriebsrätinnen und Betriebsräte, die insgesamt rund 48.400 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten, haben heuer Auskunft über Auftragslage, erwartete Neueinstellungen bzw. Personalabbau, Facharbeitermangel, Investitionen und Investitionsbereiche in ihren Betrieben gegeben. Die Auswertung erfolgte zusätzlich nach Wirtschaftsbranchen. Die Ergebnisse dieser Umfrage sind wichtige Gradmesser für die Wirtschaftslage in Kärnten und bilden eine Orientierungshilfe für wirtschaftspolitische Entscheidungen der ARBEITERKAMMER.

Ich danke allen Betriebsrätinnen und Betriebsräten in den Betrieben für ihre Mitarbeit an der Konjunkturumfrage 2014. Die zurückgesandten Fragebögen bilden die Basis für die vorliegende Publikation.

Günther Goach

Präsident der Arbeiterkammer Kärnten

KONJUNKTUR IN KÄRNTEN 2014

Eine Erhebung der Arbeiterkammer

AutorInnen der Broschüre:
Silvia Pietschnig / Mag. Hans Pucker / Mag. Patrizia Saurer
Abteilung: Wirtschaft und Konsumentenschutz

Oktober 2014

INHALT

Wirtschaftslage 2013/2014	5
Konjunkturumfrage 2014	9

Teil 1

Beurteilung der Auftragslage	10
Erwartete Neueinstellungen, erwarteter Personalabbau	11
Mangel an Facharbeitern	12
Geplante Investitionen	13
Investitionsbereiche	14

Teil 2

Beurteilung der Auftragslage nach Branchen	15
Erwartete Neueinstellungen, erwarteter Personalabbau nach Branchen	16
Mangel an Facharbeitern nach Branchen	17
Geplante Investitionen nach Branchen	18
Investitionsbereiche nach Branchen	19
Ausbildung von Lehrlingen	20
Gedämpfter Optimismus	21

WIRTSCHAFTSLAGE 2013/2014

Sanfte Konjunkturerholung der Weltwirtschaft

Im Jahr 2013 lag das weltweite Wirtschaftswachstum bei 3,2 Prozent und soll laut Prognosen im Jahr 2014 bei 3,1 Prozent liegen. Im ersten Quartal 2014 gab es eine leichte Abschwächung - aufgrund des ungewöhnlich kalten Winters in den USA und der umweltbedingten Werkschließungen in der chinesischen Schwerindustrie. Positive Impulse werden laut Prognose von den Industrieländern ausgehen, während sich die Lage in den Schwellenländern eintrüben soll. Risiken gehen von Konflikten, wie beispielsweise Ukraine-Russland aus. Der Welthandel nahm im Jahr 2013 um 2,5 Prozent zu und soll im Jahr 2014 wieder dynamischer expandieren.

In den meisten großen Schwellenländern verlangsamte sich im Jahr 2013 die Konjunktur merklich. Durch die Erwartung einer strafferen US-Geldpolitik waren vor allem Indien und Brasilien von einem starken Kapitalabzug betroffen. Seit Anfang 2013 gab es Abwertungen beim brasilianischen Real um 12 Prozent und bei der indischen Rupie um 15 Prozent gegenüber dem US-Dollar. Das durch die Abwertung erhöhte Inflationsrisiko wurde in Brasilien durch schrittweise Leitzinserhöhung und in Indien durch Einführung von Kapitalverkehrskontrollen abgefedert. Durch diese Maßnahmen wurden jedoch die möglichen positiven Effekte der Abwertung auf die Wettbewerbsfähigkeit gedämpft.

Russland und China waren mit ihrem positiven Außenhandelsaldo weniger bis kaum von den internationalen Kapitalverschiebungen betroffen. In **China** wurde im Jahr 2013 ein Wirtschaftswachstum von 7,7 Prozent verzeichnet. Für das Jahr 2014 wird nur mehr mit 7,3 Prozent Wachstum gerechnet. Die Exporte u.a. nach Europa, der Konsum und die Investitionen wuchsen langsamer. Der überhitzte Immobilienmarkt kühlte sich ab.

In den **USA** lag das Wirtschaftswachstum im Jahr 2013 bei 2,2 Prozent. Aufgrund des strengen Winters schrumpfte die US-Wirtschaft im ersten Quartal 2014 erstmals seit drei Jahren. Doch schon im zweiten Quartal 2014 gewannen die Industrieproduktion und Verbrauchsgüterproduktion wieder an Schwung und durch die verbesserte Finanzierungs- und Arbeitsmarktsituation kam es zu einer Konjunkturbelebung. Für das Jahr 2014 wird ebenfalls ein Wirtschaftswachstum von 2,2 Prozent prognostiziert.

In **Japan** lag das Wirtschaftswachstum im Jahr 2013 bei 1,5 Prozent. Von der starken Yen-Abwertung profitierten der private Konsum und der Exportsektor, jedoch verteuerten sich die Energieimporte deutlich. Im ersten Quartal 2014 belebten umfangreiche Vorziehkäufe die Wirtschaft, da im zweiten Quartal 2014 eine erste Anhebung des Mehrwertsteuersatzes umgesetzt wurde. Für das Jahr 2014 wird nur mit einem Wirtschaftswachstum von 0,9 Prozent gerechnet.

Gedämpftes Wachstum im Euroraum

Die Wirtschaftsleistung ging im Jahr 2013 um 0,4 Prozent zurück. Für das Jahr 2014 wird mit 0,8 Prozent Wachstum gerechnet, wobei die Konjunktur im ersten Quartal 2014 leicht anzog. Die Stabilisierung wirkte sich jedoch nicht auf den Arbeitsmarkt aus. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die geringe Inflation erschweren den Abbau der teils hohen Verschuldung der Privathaushalte und Unternehmen in vielen Euroländern. Dies wiederum belastet den Konsum, die Investitionen und die Neukreditvergabe. Damit steigt auch das Risiko, dass sich die Unterbeschäftigung und damit die hohe Arbeitslosenzahl bei schwacher Binnennachfrage und niedriger Kreditvergabe verfestigen. Eine weitere Lockerung der EZB-Geldpolitik erleichtert das Kreditangebot, behebt aber nicht die schwache Nachfrage.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Euroländern wird sehr unterschiedlich eingeschätzt. Laut Prognose für das Jahr 2014 wird die Wirtschaftsleistung in Italien, den Niederlanden, Spanien, Slowenien und Portugal um weniger als ein Prozent wachsen.

Nur in Deutschland, Finnland, Österreich und in der Slowakei wird mit einem höheren Wachstum gerechnet.

Deutschland wirkte im ersten Quartal 2014 erneut als „Wachstumsmotor“ mit einem Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent, das jedoch fast ausschließlich auf die Zunahme der Binnennachfrage zurückzuführen war. Für das Jahr 2014 wird mit 1,5 Prozent BIP-Wachstum in Deutschland gerechnet.

Schwacher Aufwärtstrend in Österreich

Der Aufwärtstrend in Österreich blieb im Einklang mit den internationalen Rahmenbedingungen flach. Im Jahr 2013 lag das Wirtschaftswachstum in Österreich bei schwachen 0,3 Prozent, und alle Nachfragekomponenten blieben noch von der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise belastet. Trotz schwacher Auftriebstendenzen fehlte ein echter Wachstumsmotor. Der private Konsum sank im Jahr 2013 um 0,2 Prozent und bildete damit keine Konjunkturstütze. Dies vor allem, weil das real verfügbare Einkommen der privaten Haushalte auch im Jahr 2013 weiter rückläufig war. Die Investitionen der Unternehmen entwickelten sich im Einklang mit der eingetrübten Konjunktur. Die Bruttoanlageinvestitionen verringerten sich im Jahr 2013 um 0,8 Prozent, die Ausrüstungsinvestitionen sogar um 3,5 Prozent. Von der öffentlichen Nachfrage gingen - aufgrund des hohen Konsolidierungsbedarfs - nur schwache Impulse aus. Als einzige expansive Nachfragekomponente entwickelten sich im Jahr 2013 die heimischen Exporte mit 3,1 Prozent. Für das Jahr 2014 gibt es leichte Anzeichen einer Belebung, da nach der Investitionsflaute zunehmend Bedarf nach Ersatzinvestitionen besteht.

Die Wertschöpfung im Jahr 2013 entwickelte sich in vielen Branchen nur schwach oder sogar negativ. Eine positive Ausnahme bildeten die Energie- und Wasserversorgung (12,7 Prozent, Wachstumsbeitrag zum BIP 0,36 Prozentpunkte). Positive Wachstumsbeiträge gingen auch von der öffentlichen Verwaltung (ein Prozent, Wachstumsbeitrag zum BIP 0,18 Prozentpunkte), den sonstigen Dienstleistungen (1,3 Prozent, Wachstumsbeitrag zum BIP 0,03 Prozentpunkte) und der Sachgütererzeugung (1,1 Prozent, Wachstumsbeitrag zum BIP 0,23 Prozentpunkte) aus. Die Sachgütererzeugung profitierte von der in der zweiten Jahreshälfte einsetzenden Verbesserung der Exportnachfrage. Andere Branchen büßten im Jahr 2013 insgesamt an Dynamik ein, wie etwa die Branchen Kredit- und Versicherungswesen, Beherbergung und Gastronomie sowie die Bauwirtschaft. Diese litt vor allem unter der schwachen Entwicklung im Tiefbau.

Das reale BIP stieg im ersten Quartal 2014 um 0,1 Prozent, und im zweiten Quartal 2014 stieg es um 0,2 Prozent. Die heimische Nachfrage entwickelte sich wieder schwach. Im ersten und zweiten Quartal 2014 nahmen die privaten Konsumausgaben jeweils um 0,1 Prozent zu, und der öffentliche Konsum wurde um 0,4 Prozent ausgeweitet. Die Investitionen der Unternehmen waren im ersten und zweiten Quartal 2014 rückläufig. Die Bauinvestitionen sanken im zweiten Quartal um 0,4 Prozent. Die Ausrüstungsinvestitionen sanken im zweiten Quartal um 0,2 Prozent, nachdem sie im ersten Quartal noch um 1,3 Prozent zugenommen hatten. Der Anstieg im ersten Quartal ergab sich durch die Vorziehkäufe von Fahrzeugen, aufgrund der Anhebung der Normverbrauchsabgabe ab 1. März 2014. Auch der Außenhandel lieferte nicht die erhofften Impulse. Im zweiten Quartal 2014 nahmen die Exporte und Importe nur um 0,5 Prozent zu, während im ersten Quartal die Importe mit 0,6 Prozent noch höher lagen als die Exporte mit 0,3 Prozent. Für das Jahr 2014 wird ein Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent prognostiziert.

Im Tourismus in Österreich stiegen im Jahr 2013 sowohl die Ankünfte (+1,9 Prozent, 36,8 Mio.) als auch die Nächtigungen (+1,2 Prozent auf 132,6 Mio.). Die Nächtigungen von ausländischen Gästen nahmen um 1,9 Prozent zu, während die Zahl der inländischen Gästenächtigungen um 0,6 Prozent leicht sank. Bei den Nächtigungen von Gästen nach Herkunftsländern wurden bei Deutschland (+2,5 Prozent auf 50,8 Mio.) und Russland (+9,5 Prozent auf 2 Mio.) die höchsten Zuwächse verzeichnet. Beim zweitwichtigsten Herkunftsländ Niederlande wurde hingegen ein Rückgang verzeichnet (-2,7 Prozent auf 9,1 Mio.). Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer blieb mit 3,6 Nächten unverändert.

In der Wintersaison 2013/2014 (November 2013 bis April 2014) lag die Zahl der Nächtigungen mit 65,49 Mio. um rund eine Mio. Nächtigungen oder -1,6 Prozent unter dem Rekordwert des Vorjahres. Sowohl die Gästenächtigungen von Inländern (-0,9 Prozent) als auch von Ausländern (-1,9 Prozent) waren rückläufig. Bei den Nächtigungen von Gästen nach den wichtigsten Herkunftsländern gab es bei Deutschland mit -4,3 Prozent, bei dem Vereinigten Königreich mit -1,8 Prozent, bei den Niederlanden mit -1,3 Prozent sowie Dänemark mit -1,2 Prozent und Italien mit -0,7 Prozent die höchsten Rückgänge zu verzeichnen. Hingegen häufiger nächtigten vor allem Gäste aus den USA mit +8,3 Prozent, aus Polen mit +5,3 Prozent, Belgien mit +2,1 Prozent und Schweiz inkl. Liechtenstein mit +1,2 Prozent in Österreich.

Auf dem **Arbeitsmarkt** wies Österreich mit 4,9 Prozent laut Eurostat-Berechnung und mit 7,6 Prozent (inländische Berechnung) für das Jahr 2013 im europäischen Vergleich die niedrigste Arbeitslosenquote auf. Die deutliche Erhöhung des Arbeitskräftepotentials durch verstärkte Älteren- und Frauenbeschäftigung sowie Zuwanderung aus den Nachbarländern führte jedoch im Jahr 2013 zu einem Anstieg der vorgemerkten Arbeitslosen um 10,2 Prozent auf 287.207 Personen im Jahresschnitt 2013. Die Zahl der Personen in Schulung stieg ebenfalls um 10,4 Prozent auf 73.516. Durch Einschränkungen des Zugangs in die vorzeitige Alterspension und die schrittweise Abschaffung der befristeten Invaliditätspension ab dem Jahr 2014 wird das Arbeitskräfteangebot noch weiter steigen. Das Beschäftigungsplus von 0,6 Prozent im Jahr 2013 konnte nicht verhindern, dass es in allen Bundesländern Österreichs zu einem Anstieg bei den vorgemerkten Arbeitslosen kam. Die Arbeitslosenquote nahm gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozentpunkte zu und lag im Jahresdurchschnitt bei 7,6 Prozent. Sowohl bei den Männern (Arbeitslosenquote 8,2 Prozent) als auch bei den Frauen (Arbeitslosenquote 7 Prozent) kam es in allen Branchen zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit. Bei den Männern vor allem am Bau, in den Hilfsberufen, Metall/Elektro, Fremdenverkehr sowie bei den Verkehrs- und Handelsberufen. Bei den Frauen vor allem im Handel, Reinigung, Fremdenverkehr, sowie in den Büro- und Hilfsberufen. Den höchsten Zuwachs an vorgemerkten Arbeitslosen verzeichneten die Langzeitarbeitslosen über zwölf Monate mit 26,6 Prozent und die über 50-Jährigen mit 16,9 Prozent. Die Zahl der offenen Lehrstellen sank um 10,6 Prozent und die Andrangsziffer für Lehrstellensuchende stieg auf 1,7 (2012: 1,4). Bei insgesamt 26.383 offenen Stellen stieg die Stellenandrangsziffer auf 10,9 Personen (2012: 8,9), was als Indikator für die tendenzielle Verschlechterung am Arbeitsmarkt gewertet werden kann.

Im ersten Halbjahr 2014 stieg österreichweit die Beschäftigung um 0,6 Prozent. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen stieg um 11,8 Prozent auf 320.955 Personen (im Vergleich zum Vorjahreszeitraum). Die Arbeitslosenquote im Österreichschnitt lag im ersten Halbjahr 2014 bei 8,5 Prozent (+7,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Bei den Männern gab es mit 9,3 Prozent eine höhere Arbeitslosenquote als bei den Frauen mit 7,5 Prozent. Die mit Abstand höchsten Arbeitslosenquoten im Bundesländervergleich und auch die einzigen im zweistelligen Bereich wurden in Wien mit 11,4 Prozent und in Kärnten mit 11,3 Prozent verzeichnet.

Die **Inflationsrate** des Jahres 2013 lag mit zwei Prozent deutlich unter dem VPI des Mikrowarenkorbes mit 3,4 Prozent. Der Mikrowarenkorb, der hauptsächlich Nahrungsmittel enthält und den täglichen Einkauf darstellt, verteuerte sich deutlich. Die wichtigsten Preistreiber bei der Inflationsrate entfielen auf „Wohnung, Wasser, Energie“ mit 2,3 Prozent, gefolgt von „Nahrungsmittel und alkoholfreien Getränken“ mit 3,4 Prozent, sowie „Restaurants und Hotels“ mit 3,2 Prozent. Als Preisdämpfer erwies sich „Verkehr“ (-0,3 Prozent), was Großteils auf die äußerst volatile Preisentwicklung bei Treibstoffen (-3,8 Prozent) zurückzuführen war. Für das Jahr 2014 wird eine Inflationsrate von 1,8 Prozent prognostiziert. Im Jahr 2013 hat das gesamtstaatliche Budgetdefizit -1,5 Prozent des BIP (€ 4,8 Mrd.) betragen. Für das Jahr 2014 wird ein deutlich höheres Budgetdefizit von mindestens -2,8 Prozent prognostiziert. Insbesondere die Pleite der Hypo-Alpe-Adria wird den Staatshaushalt noch länger beschäftigen.

Konjunktur in Kärnten kommt kaum in Schwung

Kärnten blieb nach wie vor hinter der gesamtösterreichischen Entwicklung zurück. Im Jahr 2013 sank etwa der Produktionsindex für den produzierenden Bereich in Kärnten um 3,6 Prozent, während in Gesamtösterreich bereits ein leichter Anstieg um 0,4 Prozent verzeichnet wurde. In den ersten fünf Monaten des Jahres 2014 stieg der Produktionsindex für den produzierenden Bereich in Kärnten um 2,3 Prozent (gegenüber Vorjahreszeitraum), sank daraufhin jedoch im Mai um 3,2 Prozent. In Österreich hingegen wies die Erzeugung im ersten Halbjahr 2014 einen Zuwachs von 1,5 Prozent auf.

Bereits im Jahr 2013 verlief die Entwicklung der Kärntner Bauwirtschaft eher ungünstig. In Kärnten ging die Produktion im Baubereich im Jahresdurchschnitt 2013 um zwei Prozent zurück, während in Österreich noch ein kleiner Zuwachs von 0,4 Prozent verzeichnet wurde. Bis Mai 2014 konnte die Kärntner Bauwirtschaft mit 0,6 Prozent nur ein geringes Produktionswachstum erzielen. Dem Anstieg im Hochbau um drei Prozent stand ein massiver Einbruch des Tiefbaus um -10,7 Prozent gegenüber. Der Zuwachs im Hochbau ist auf Aufträge der öffentlichen Hand vor allem im Wohnbau zurückzuführen, während Industrie- und Ingenieurbau im Hochbau rückläufig waren. Im Tiefbau machte sich hingegen das Ausbleiben öffentlicher Aufträge bemerkbar. In Österreich gab es eine Steigerung im gesamten Baubereich um 2,4 Prozent. Die Produktion im Tiefbau stieg um 10,3 Prozent und im Hochbau um 1,2 Prozent.

Im **Kärntner Tourismus** wurde in der Wintersaison 2013/2014 mit 3,4 Mio. Übernachtungen ein leichter Rückgang von 0,3 Prozent verzeichnet, die Ankünfte hingegen stiegen um 3,6 Prozent auf 841.544. Mit einem Anteil von 37,9 Prozent stammten die meisten Gäste aus dem Inland, aus dem Ausland führten die Herkunftsländer Deutschland (24,8 Prozent) und Ungarn (6,3 Prozent). Für die bisherige Sommersaison im Jahr 2014 (Mai bis August 2014) wurden rund 7,2 Mio. Übernachtungen (-5,7 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2013) verzeichnet. Mit 1.541.972 Gästeankünften kam es zu einem Rückgang von 3,1 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Vor allem die Hauptsaison 2014 (Juli und August) brachte das bisher niedrigste Ergebnis in den statistischen Aufzeichnungen.

Das Jahr 2013 war laut AMS das bisher schwierigste am **Kärntner Arbeitsmarkt**. Durch den Rückgang der Arbeitskräftenachfrage begann sich massive Langzeitarbeitslosigkeit aufzubauen. Es wurde ein Beschäftigungsrückgang von 0,8 Prozent verzeichnet. Mit Ausnahme von Kärnten und Niederösterreich (-0,1 Prozent) gab es in allen anderen Bundesländern leichte Beschäftigungszuwächse. Mit einer Arbeitslosenquote von 10,2 Prozent lag Kärnten ex-aequo mit Wien am unrühmlichen ersten Platz. Im Jahresschnitt 2013 gab es 26.712 Arbeitssuchende, davon 23.330 Arbeitslose und 3.382 SchulungsteilnehmerInnen.

Laut AMS-Halbjahresbericht kam es im Jänner bis Juni 2014 in Kärnten zu einem Beschäftigungsrückgang von 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum. Die Arbeitslosigkeit nahm insgesamt um 6,4 Prozent zu, wobei Frauen mit 9,2 Prozent stärker betroffen waren als Männer mit 4,6 Prozent. Die Arbeitslosenquote stieg um 0,6 Prozentpunkte auf 11,3 Prozent. Auch die Zahl der Personen in Schulungen stieg im ersten Halbjahr um 8,9 Prozentpunkte auf 3.876 Personen. Bei den Männern kam es zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit in den Bereichen Hilfsberufe, Fremdenverkehr, Techniker sowie Handel und bei den Büroberufen. Bei den Frauen kam es zur Zunahme der Arbeitslosigkeit in den Bereichen Fremdenverkehr, Handel, bei den Büroberufen, sowie bei den Reinigungsberufen.

Die **Jugendarbeitslosigkeit** stieg im ersten Halbjahr 2014 um 2,7 Prozent, die Arbeitslosigkeit bei den Älteren um 14,6 Prozent. Bei den Langzeitarbeitslosen gab es sowohl bei den über-6-Monate-Vorgemerkten mit 32,3 Prozent als auch bei den über-12-Monate-Vorgemerkten mit 85,3 Prozent hohe Anstiege. Die Zahl der offenen Lehrstellen nahm um -7,3 Prozent ab, womit die Stellenandrangsziffer auf 1,8 anstieg (Vorjahr 1,7).

KONJUNKTURUMFRAGE 2014

Der Kärntner Arbeiterkammer haben 215 BetriebsrätInnen, die rund 48.400 ArbeitnehmerInnen vertreten, im Befragungszeitraum Oktober 2014 Auskunft über Auftragslage, erwartete Neueinstellungen bzw. Personalabbau, Facharbeitermangel, Investitionen und Investitionsbereiche in ihren Betrieben gegeben.

Im ersten Teil der Konjunkturumfrage 2014 der Arbeiterkammer werden die Gesamtergebnisse von zehn Jahren (2005 bis 2014) gegenübergestellt.

Im zweiten Teil erfolgt die Darstellung der Ergebnisse 2014 für die einzelnen Wirtschaftszweige. Die Werte wurden in der grafischen Darstellung auf ganze Prozentzahlen gerundet.

Teil 1

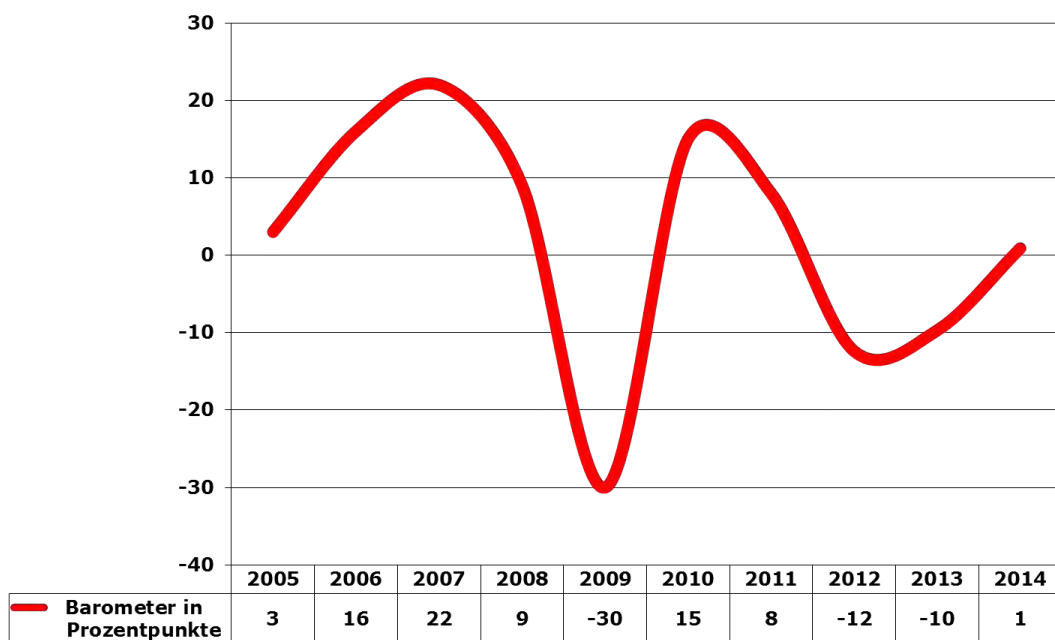
BEURTEILUNG DER AUFTRAGSLAGE

2005 - 2014

Die wirtschaftlichen Aussichten für die nächsten zwölf Monate bewerten die befragten BetriebsrätInnen heuer wieder „leicht optimistisch“.

Es rechnen 17,2 Prozent der BetriebsrätInnen mit einer Verbesserung der Auftragslage, 2013 waren es 16 Prozent. Der Anteil der befragten BetriebsrätInnen, die mit einer Verschlechterung der Auftragslage rechnen liegt bei 16,3 Prozent, 2013 waren es noch 25,8 Prozent. 66,5 Prozent (2013: 58,2) prognostizieren eine gleichbleibende Auftragslage.

In der abgebildeten Grafik wird der Saldo der Prozentanteile positiver und negativer Einschätzungen dargestellt. Dieser betrug heuer plus 0,9 Prozentpunkte, im Vorjahr minus 9,7 Prozentpunkte.



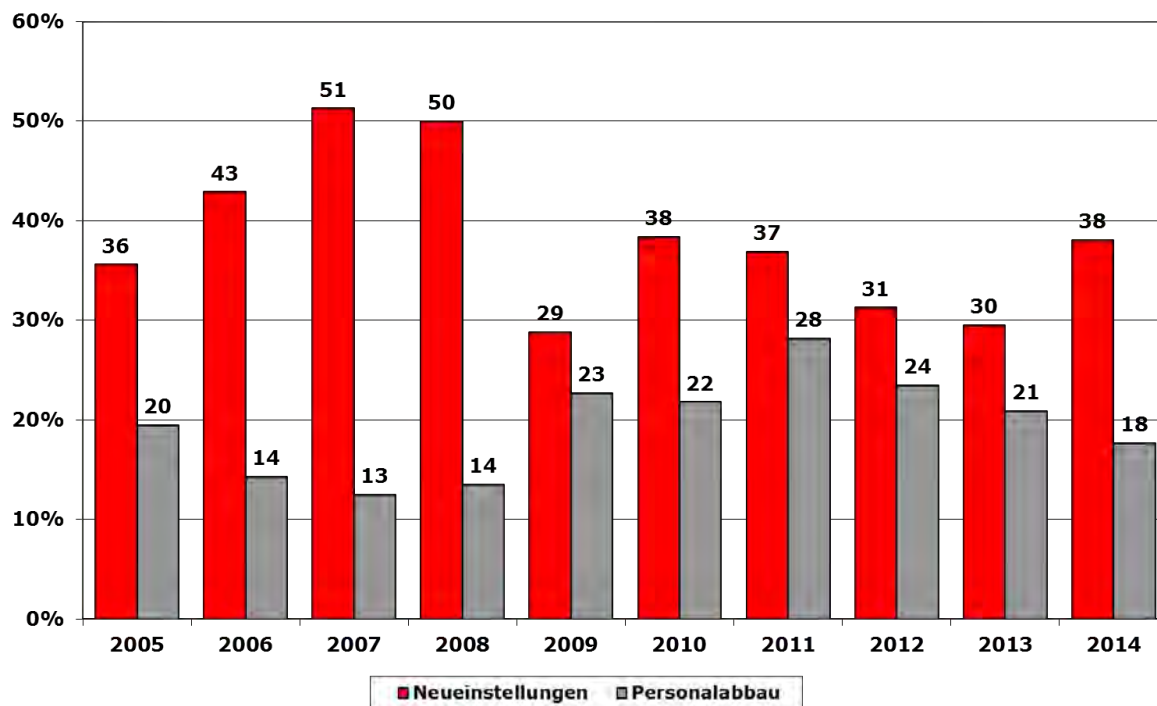
ERWARTETE NEUEINSTELLUNGEN, ERWARTETER PERSONALABBAU

2005 - 2014

Die Einschätzung der BetriebsrätInnen hinsichtlich der Beschäftigungsaussichten für das kommende Jahr ist etwas positiver als im Vorjahr.

Der Anteil jener BetriebsrätInnen, die in den nächsten zwölf Monaten mit Neueinstellungen rechnen, ist auf 38,1 Prozent gestiegen, im Jahr 2013 waren es 29,5 Prozent.

17,7 Prozent der befragten BetriebsrätInnen erwarten in nächster Zukunft einen Personalabbau in den Betrieben. Vor einem Jahr waren es 20,9 Prozent.

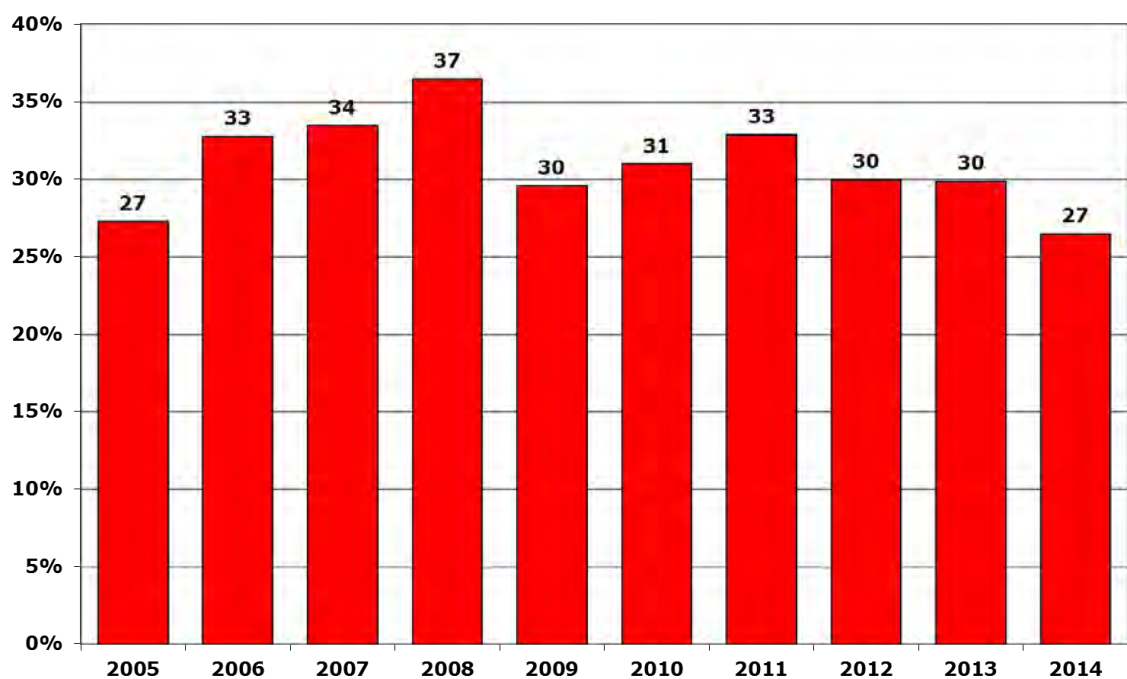


MANGEL AN FACHARBEITERN

2005 - 2014

Heuer melden 26,5 Prozent – also mehr als ein Viertel - der befragten BetriebsrätlInnen einen ungedeckten Bedarf an Fachkräften in ihrem Betrieb. Das Problem des Facharbeitermangels ist also nach wie vor relevant. 2013 betrug deren Anteil 29,9 Prozent.

Das zeigt, dass angebotene und nachgefragte Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt nicht im Gleichgewicht sind.

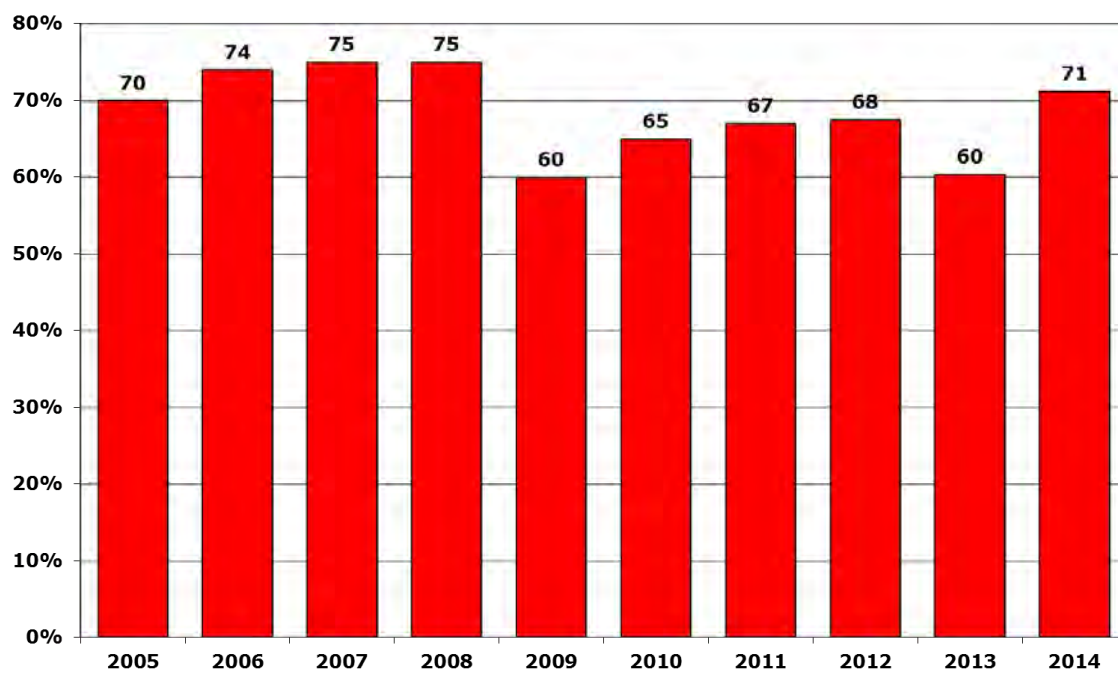


GEPLANTE INVESTITIONEN

2005 - 2014

Die „leicht optimistische“ Stimmungslage unter den befragten BetriebsrätInnen führt auch zu einer positiven Einschätzung der Investitionstätigkeit.

Der Anteil jener BetriebsrätInnen, die mit Investitionen in den nächsten zwölf Monaten rechnen, beträgt 71,2 Prozent. Bei der Konjunkturumfrage 2013 waren es 60,4 Prozent.



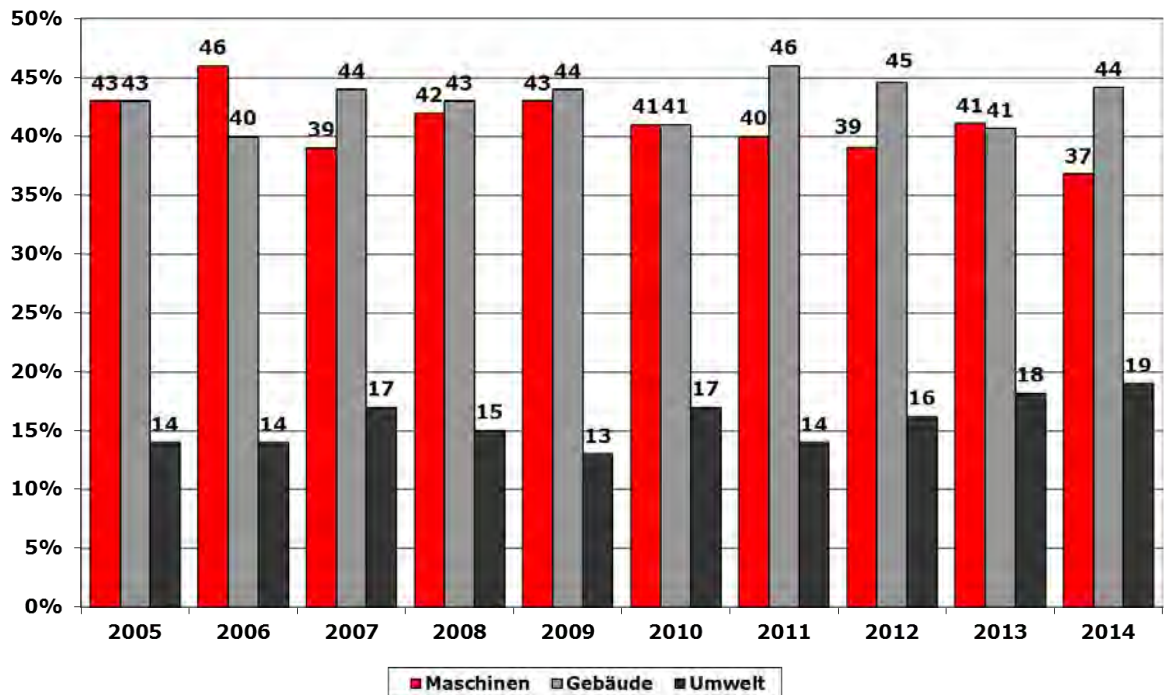
INVESTITIONSBEREICHE

2005 - 2014

44,2 Prozent der befragten BetriebsrätInnen rechnen heuer mit „baulichen Investitionen“ in ihrem Betrieb, 2013 waren es 40,7 Prozent.

Der Bereich „maschinelle Investitionen“ ist von 41,1 Prozent im Jahr 2013 auf 36,8 Prozent im Jahr 2014, also um 4,3 Prozentpunkte gesunken.

Die Umweltschutzinvestitionen gewinnen gegenüber dem Vorjahr wieder an Bedeutung. Dieses Jahr erwarten 19 Prozent der BetriebsrätInnen Aktivitäten ihrer Betriebe in diesem Bereich, 2013 waren es 18,2 Prozent.



Teil 2

BEURTEILUNG DER AUFTRAGSLAGE NACH BRANCHEN

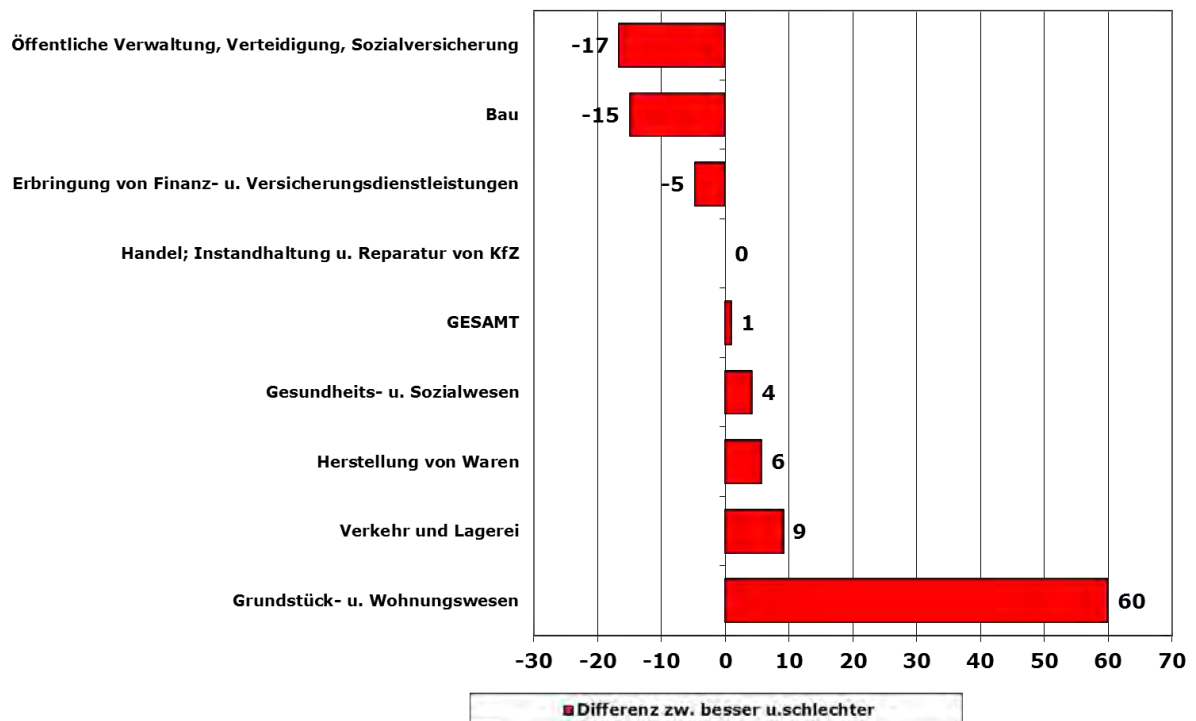
2014

Insgesamt rechnen heuer 17,2 Prozent (2013: 16 Prozent) der BetriebsrätInnen mit einer Verbesserung der Auftragslage. 16,3 Prozent (2013: 25,7 Prozent) der befragten BetriebsrätInnen erwarten eine Verschlechterung, das sind 0,9 Prozentpunkte mehr als 2013. 66,5 Prozent rechnen mit einer gleichbleibenden Auftragslage (2013: 58,2 Prozent).

Die Branchen Grundstück- u. Wohnungswesen / Verkehr und Lagerei / Herstellung von Waren und Gesundheits- und Sozialwesen rechnen mit einer Verbesserung der Auftragslage.

Die Branchen Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen / Bau und Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung erwarten eine Verschlechterung der Auftragslage.

Die Branche Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz rechnet mit keiner Veränderung der Nachfrage.



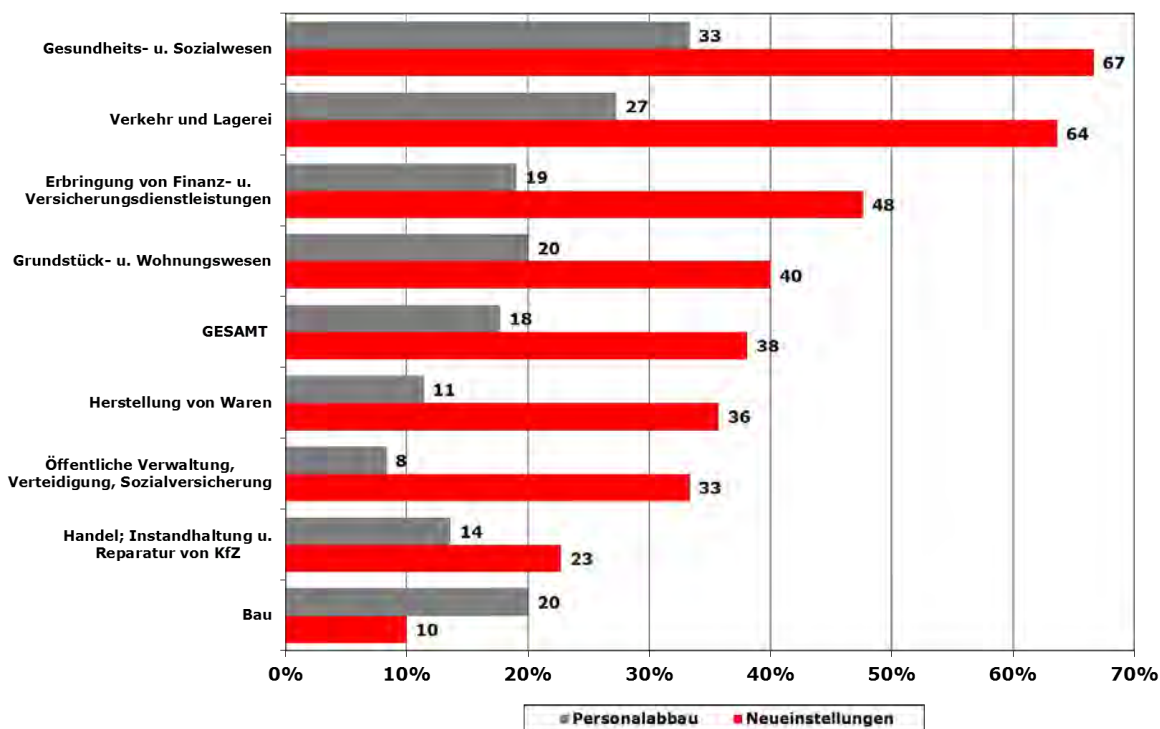
ERWARTETE NEUEINSTELLUNGEN, ERWARTETER PERSONALABBAU NACH BRANCHEN

2014

Dieses Jahr rechnen insgesamt 38,1 Prozent (2013: 29,5) der BetriebsrätInnen mit Neueinstellungen und 17,7 Prozent (2013: 20,9) befürchten einen Personalabbau.

Die Betriebsräte der Branchen Gesundheits- und Sozialwesen / Verkehr und Lagerei / Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen / Grundstück- und Wohnungswesen / Herstellung von Waren / Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz schätzen, dass es mehr Personaleinstellungen als Freisetzungen geben wird.

Mehr Personalfreisetzungen als Neueinstellungen werden nur in der Branche Bau erwartet.



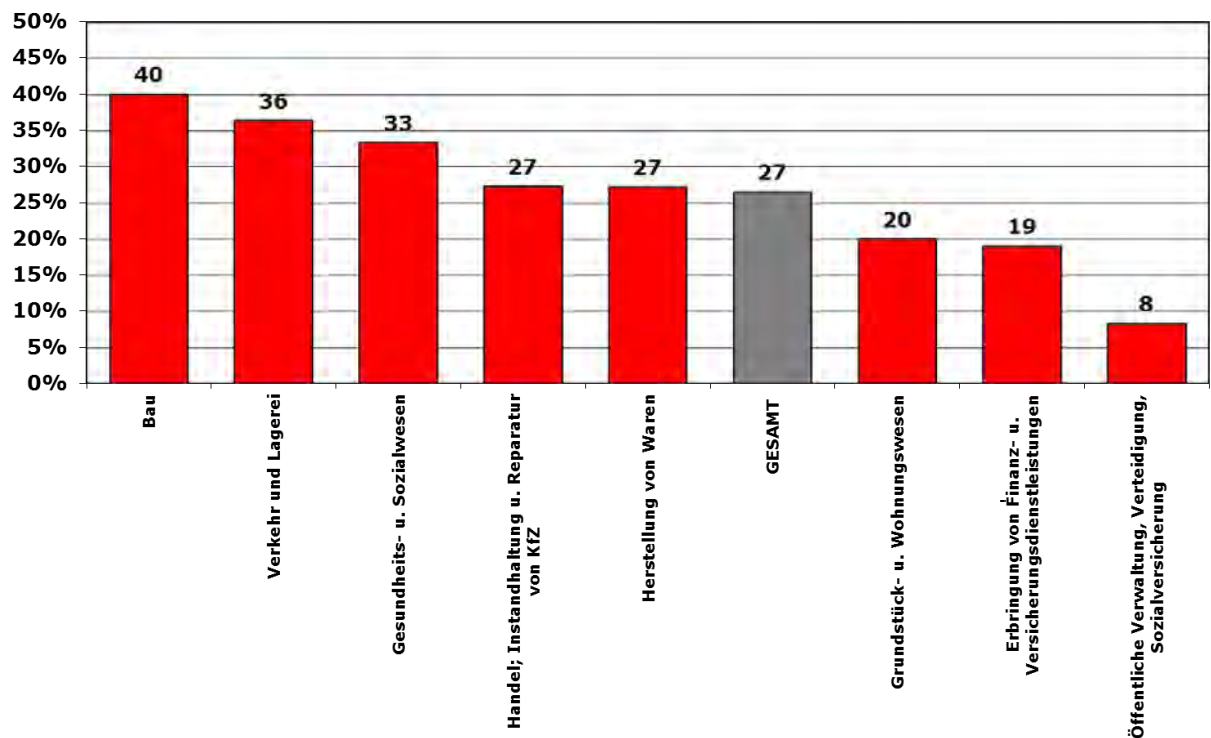
MANGEL AN FACHARBEITERINNEN NACH BRANCHEN

2014

Im Branchendurchschnitt melden 26,5 Prozent (2013: 29,9) der befragten BetriebsrätInnen einen Mangel an FacharbeiterInnen. Das ist ein Rückgang um 3,4 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr.

Einen überdurchschnittlich hohen Mangel an Fachkräften melden die Branchen Bau / Verkehr und Lagerei / Gesundheits- und Sozialwesen / Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz und Herstellung von Waren.

In den Branchen Grundstück- und Wohnungswesen / Erbringung von Finanz- u. Versicherungsleistungen und Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung melden heuer zwischen 20 Prozent und 8,3 Prozent der BetriebsrätInnen einen ungedeckten Bedarf.



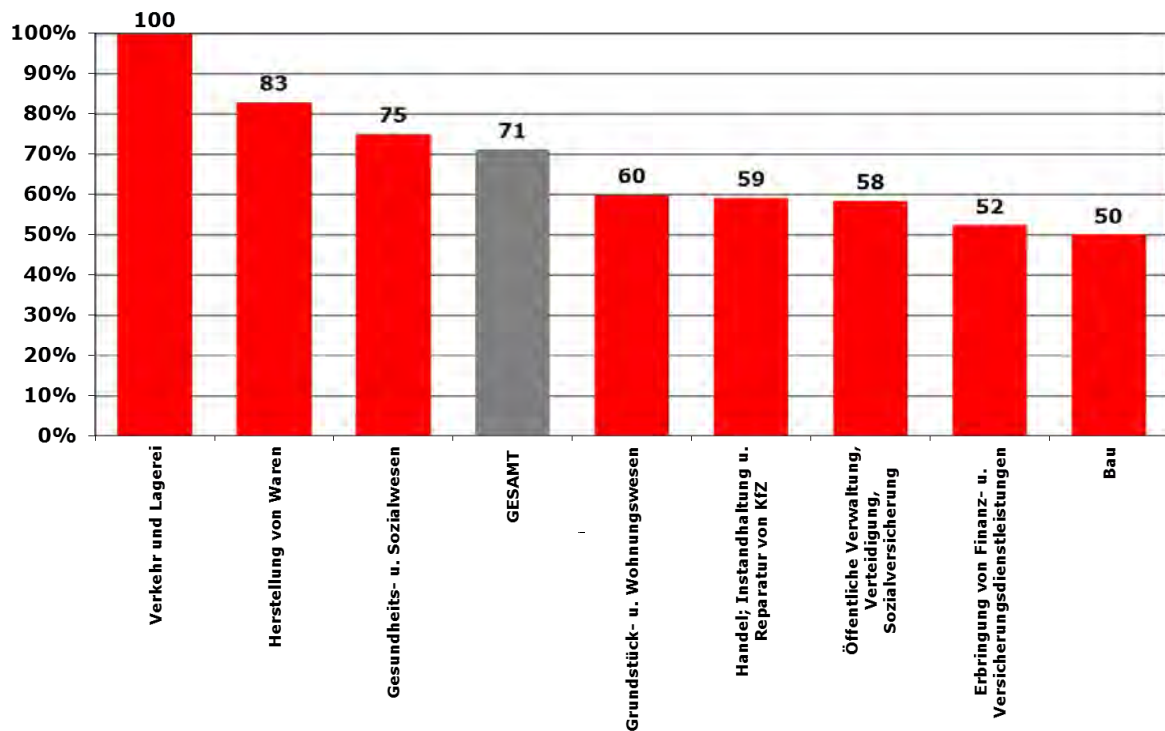
GEPLANTE INVESTITIONEN NACH BRANCHEN

2014

Die Investitionserwartungen sind 2014 wieder etwas optimistischer als noch im Vorjahr. Im Durchschnitt rechnen 71,2 Prozent (2013: 60,4) der BetriebsrätInnen mit Investitionen im Jahr 2014.

In den Branchen Verkehr und Lagerei / Herstellung von Waren und Gesundheits- und Sozialwesen sind die Erwartungen in Bezug auf die Investitionen überdurchschnittlich hoch. Hier rechnen zwischen 100 und 75 Prozent der BetriebsrätInnen mit Investitionen.

Unterdurchschnittliche Investitionserwartungen bestehen in den Branchen Grundstück- und Sozialwesen / Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz / Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung / Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen und Bau.



INVESTITIONSBEREICHE NACH BRANCHEN

2014

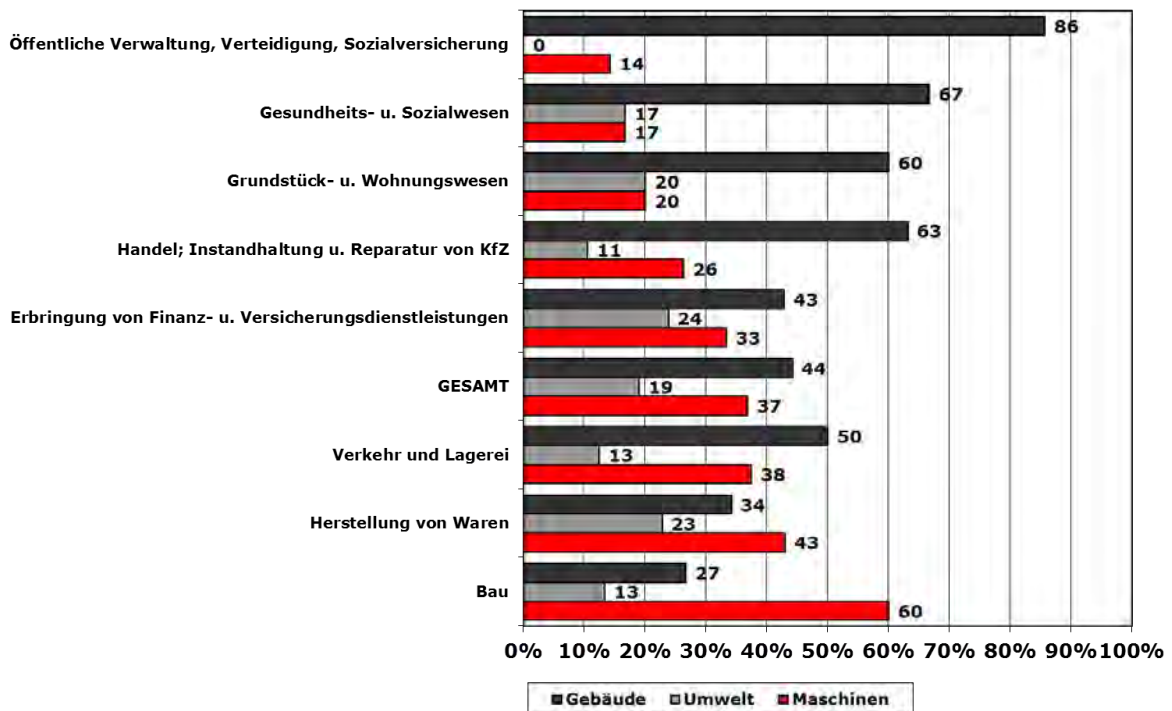
Investitionsabsichten werden durchwegs aus allen Branchen gemeldet. Insgesamt dominieren die baulichen Maßnahmen mit 44,2 Prozent (2013: 40,7), gefolgt von maschinellen Investitionen mit 36,8 Prozent (2013: 41,1)

Die Erwartungen hinsichtlich Umweltschutzinvestitionen sind insgesamt mit 19 Prozent (2013: 18,2) gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Prozentpunkte leicht gestiegen.

Bauliche Investitionen über dem Durchschnitt erwarten die Branchen Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung / Gesundheits- und Sozialwesen / Handel; Instandhaltungen und Reparatur von Kfz / Grundstück- und Wohnungswesen und Verkehr und Lagerei.

In den Branchen Bau / Herstellung von Waren und Verkehr und Lagerei werden überdurchschnittliche Investitionen in maschinelle Anlagen erwartet.

Überdurchschnittliche Investitionen in den Umweltschutz werden von den Branchen Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen / Herstellung von Waren und Grundstücks- und Wohnungswesen erwartet.

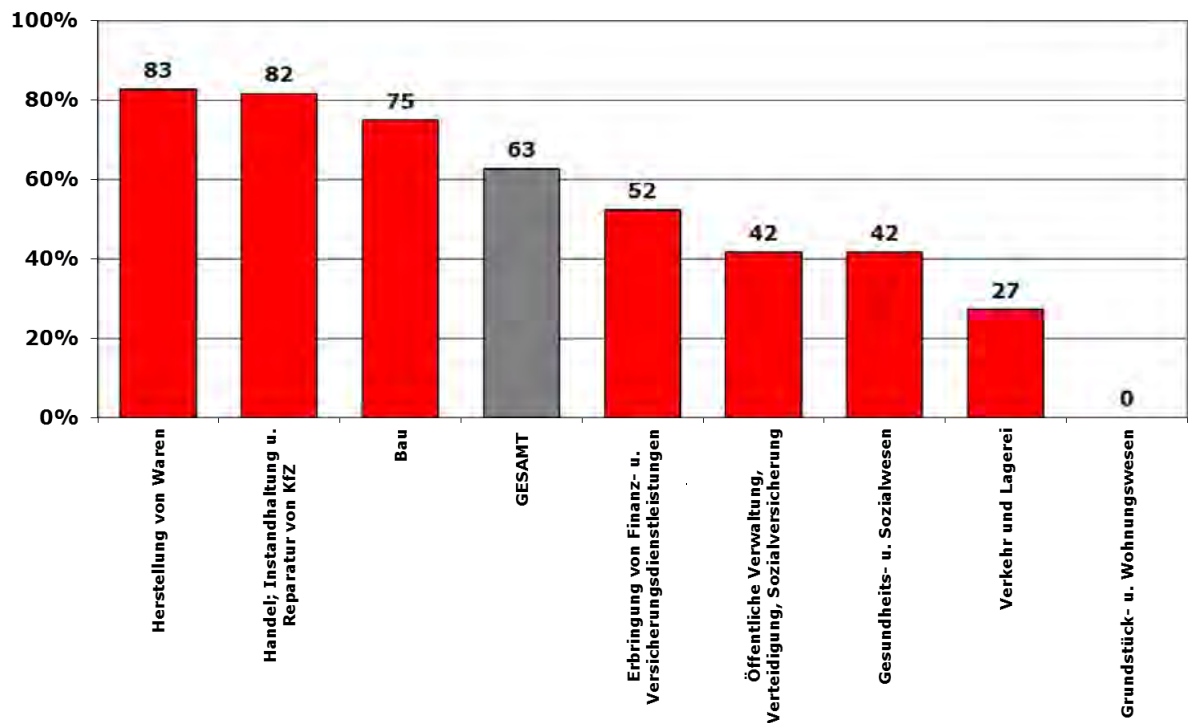


AUSBILDUNG VON LEHRLINGEN

2014

Die Bereitschaft in den Betrieben Lehrlinge auszubilden ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen. 62,8 Prozent (2013: 59,3) der befragten BetriebsrätInnen aus allen Branchen geben an, dass in ihrem Betrieb Lehrlinge ausgebildet werden.

Die Branchen Herstellung von Waren / Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz und Bau zeichnen sich durch eine überdurchschnittlich hohe Ausbildungsbereitschaft aus.



GEDÄMPFTER OPTIMISMUS

Die Kärntner BetriebsrätInnen sehen die Wirtschaftsentwicklung heuer etwas optimistischer als noch vor einem Jahr. Das wirtschaftliche Umfeld ist zweigeteilt. Einerseits entwickelt sich die Weltwirtschaft teilweise gut, vor allem in den USA und China. Andererseits leidet die EU nach wie vor an einer anhaltenden Wachstumsschwäche. Vor allem die Binnen-Nachfrage ist zu gering. KonsumentInnen neigen zunehmend mangels Kaufkraft zum Vorsichtssparen. Viele europäische Staaten, darunter auch Deutschland, schieben konjunkturwirksame Infrastrukturinvestitionen auf. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten setzen zu wenig Impulse für eine starke, nachhaltige Konjunkturerholung.

Die Stimmungslage unter den Kärntner BetriebsrätInnen hat sich gegenüber den letzten beiden Jahren leicht aufgehellt. Der überwiegende Anteil erwartet eine gleichbleibende bzw. verbesserte Auftragslage. Die Beschäftigungsentwicklung wird in der heurigen Umfrage besser beurteilt als im Jahr 2013. Der Mangel an FacharbeiterInnen hat leicht abgenommen. Die Investitionserwartungen sind merklich gestiegen.

Mit Steuerreform Kaufkraft stärken und Konjunktur beleben

Eine durchgreifende Verbesserung der Wirtschaftsentwicklung in Österreich bzw. Kärnten setzt einen nachhaltigen Konjunkturaufschwung der gesamten europäischen Wirtschaft voraus. Die EU muss Signale setzen, damit ArbeitnehmerInnen und Unternehmen nachhaltig optimistisch gestimmt werden. Nur eine gerechte Verteilungspolitik kann langfristig eine solide Wirtschaftsentwicklung gewährleisten.

Die nationale Wirtschaftspolitik muss vorhandene Handlungsspielräume nutzen, damit die heimische Wirtschaft sich weiterhin besser entwickelt als im Durchschnitt der Eurozone. Eine Reform des Steuersystems brächte nicht nur mehr Gerechtigkeit, sondern würde durch erhöhte Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten mehr Konsum, Investitionen und damit höheres Wirtschaftswachstum verursachen.

VOM LOHN BLEIBT IMMER WENIGER.



Rechnen Sie sich aus,
was Ihnen unser
Steuermodell bringt:
mehrnetto.arbeiterkammer.at



Die Belastungen werden immer höher -
warum sollen immer wir Arbeitnehmer
alles finanzieren? Wir fordern:

**LOHN-
STEUER
SENKEN**

AK
KÄRNTEN

GERECHTIGKEIT MUSS SEIN